



Es geht auch anders

Pinneberger GenossInnen knüpften Kontakte zu unserem Kreisverband - interessante Gesprächsrunde und Diskussion

Seite 2



Wer ist Bruno Ernesto Thälmann?

300 Jugendliche machten für 4 Tage Politik im Bundestag. Einer aus unserem Kreisverband saß für uns im Parlament

Seite 8

„Wir werden Ministerpräsident!“



Am 17. April fand in der Ludwigsluster Stadthalle die 2. Tagung des 2. Landesparteitages statt. Unseren Kreisverband vertraten Annegret Tschersich, Ute Spriewald, Michael Gericke, Andreas Bluhm und ich. Eine lange Tagesordnung - von 10 bis 20 Uhr - erwartete uns. Hier jedoch nur ein Kurzbericht:

Unser Landesvorsitzender Steffen Bockhahn forderte in seiner Rede den Abzug aus Afghanistan und kritisierte die bisherige Arbeit der Landesregierung scharf. Er unterstützte die Entscheidung des Landesvorstandes, mit Helmut Holter als Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2011 anzutreten. Mit großer Mehrheit von 83 Prozent bestätigten die Delegierten Helmut als Ministerpräsidenten-Kandidaten der LINKEN.

In seiner Rede betonte Helmut: „Wir werden Ministerpräsident!“ womit er Geschlossenheit des Landesverbandes forderte. Wenn man sich auf einen Kandidaten geeinigt hat, dann müssen auch alle hinter diesem stehen.

Weiter sprachen auf dem Parteitag u.a. die Ludwigsluster Bürgermeisterkandidatin Jaqueline Bern-

hardt, unser scheidender Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und Gesine Lötsch als (bis dahin noch) Kandidatin für den Parteivorsitz.

Wir fassten zudem, nach teilweise ausführlicher Diskussion, folgende Beschlüsse:

- Leitantrag: „Regionale Kompetenzen stärken - neue Wege gehen“
- „Jetzt auch bei Landtagswahlen: Aktives Wahlrecht ab 16 einführen!“
- „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“
- „Personalnotstand in Schulen

und Kitas entgegen wirken“

- "Gebot der Stunde: den weiteren Vormarsch des Sicherheitsstaates stoppen. Verfassung, Freiheit und Demokratie verteidigen!"
- „1. Mai - Rostock nazifrei! Vielfalt statt NPD!“
- und mehrere Beschlüsse zu Veränderung der Landessatzung...

Die Reden von Steffen und Helmut und die Beschlüsse können unter www.originalsozial.de/nc/partei/landesparteitag/ nachgelesen werden.

Björn Griese



Wichtige Änderung!

Gesamtmitgliederversammlung verschoben!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte Euch hiermit in Kenntnis setzen, dass die Gesamtmitgliederversammlung am 19.06.2010 ausfällt.

Der neuer Termin ist der:

10. Juli 2010

Beginn (9.00 Uhr), Ort (Malzfabrik) und Tagesordnung bleiben unverändert.

Die Verschiebung der Gesamtmitgliederversammlung ist notwendig geworden durch das Stadtfest in Grevesmühlen und die Abspernung des gesamten Parkplatzes an der Malzfabrik.

Der Parkplatz ist dann für uns komplett nicht zugänglich. Ebenso hat die Basis in Grevesmühlen mitgeteilt, dass eine Teilnahme an der Gesamtmitgliederversammlung durch die Einbindung der Grevesmühlener beim Stadtfest nicht möglich ist. Neben den Gadebuschern, die am 19.06. das Sommerfest der DIE LINKEN haben, würden somit auch die Grevesmühlener fehlen.

Das macht keinen Sinn. Wir wollen ja mit der Gesamtmitgliederversammlung möglichst viele BO's und Mitglieder erreichen.

Ich hoffe auf Euer Verständnis. Herzliche Grüße

Roy Rietentidt
Kreisvorsitzender

Fest der Linken
18.-20.6.2010
KULTURBRAUEREI
BERLIN-PRENZLAUER BERG

Treffen mit Pinneberger GenossInnen

Gesprächsrunde und Programmdiskussion zum Thema: Soziale Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Der Partei-Vorstand der LINKEN hat Vorschläge gemacht und wir dürfen sie annehmen? Nein, so soll es nicht gehen, die Partei sind wir alle, wir alle sollen oder sollten doch mitwirken!



Pinneberger Genossen diskutieren engagiert mit einer durchaus ansehnlichen Anzahl von Genossen über Probleme der sozialen Sicherheit. Unsere Partei gibt sich 2011 ein Parteiprogramm. Da sind wir alle aufgerufen, uns zu engagieren.

In den BOs sollte der Entwurf

diskutiert werden. Unsere Partei ist für die Menschen da. Wir setzen uns für die Interessen unserer Mitbürger ein! Wir wollen ihre Lage verbessern. Wir wünschen uns, dass auf den folgenden Ge-

sprächsrunden auch Personen teilnehmen, die keine Mitglieder sind. Je mehr wir werden, je mehr an den Gesprächen teilnehmen, je mehr uns bei den Wahlen unterstützen, um so größer wird unser Einfluss und um so mehr können wir die Lage der Rentner, der Hartz 4-Empfänger, der unter

Lohndumping leidenden Menschen und kranker Patienten verbessern. Wenn ihr zur nächsten Diskussionsrunde kommt, bringt doch einfach einen Nachbarn oder eine nette Nachbarin mit.

Programmatische Aussagen können nur für eine gewisse Zeit gelten. Sie müssen sicher nach fünf bis sieben Jahren wieder überarbeitet werden, aber bis dahin müssen wir uns eine gültige Grundlage schaffen. Die Arbeitsergebnisse sind auf einem Blog unserer Webseite zusammengefasst und alle werden gebeten, Stellung zu nehmen. Ich hoffe, Michael Heinze wird eine Zusammenfassung in unserer Zeitung abdrucken.

Die Genossen aus Pinneberg, Klaus-Dieter Brüggemann und Johanna Mettjes berichteten über den Aufbau ihrer Partei im Landkreis und in der Stadt Pinneberg. Die Insel Helgoland gehört auch zum Kreis und verfügt über einen



engagierten Ortsverein. Natürlich sind die Probleme ganz anders gelagert als bei uns in NWM. Ehemalige Sozialdemokraten, Mitglieder von K-Gruppen, Umweltschützer, Friedenskämpfer und andere Mitmenschen müssen erst einmal zu einer schlagkräftigen Partei zusammengeführt werden. Es gab zunächst doch zahlreiche Auseinandersetzungen. Im Durchschnitt sind die Pinneberger Parteimitglieder viel jünger als bei uns. Was für eine hoffnungsvolle Zukunft der Pinneberger spricht. Aber wir lassen uns von Statistiken nicht unterkriegen.

Es ist immer gut über den Teller rand zu sehen, sei es über den östlichen oder den westlichen. Die Kontakte nach Pinneberg sollen ausgebaut werden.

Beitrag/Fotos v. Günther Bruns

Zum Umgang mit der NPD im Kreistag

Von Björn Griese

Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen der LINKEN aus Westmecklenburg (NWM, PCH, LWL) und eine Stadtvertreterin aus Sternberg trafen sich am 14. April im Schweriner Schloss zu einer Veranstaltung mit Peter Ritter zum Umgang mit der NPD in den Kommunalvertretungen. Von unserer Kreistagsfraktion nahmen Doris Hildebrandt, Simone Oldenburg, Michael Heinze und ich teil.

Peter, als innenpolitischer Sprecher unserer Landtagsfraktion Kenner der rechten Szene, berichtete über seine Erfahrungen mit der NPD im Landtag und über Aktivitäten der NPD in einzelnen Kreistagen. Zudem konfrontierte er uns mit Berichten von der NPD-Internet-Seite über Kreistagssitzungen in NWM und LWL. Auch die Fraktionsvertreter schilderten zahlreiche Ereignisse aus ihren Vertretungen.

Recht schnell war klar, dass wir

bisher ziemlich blauäugig mit den Nazis in den Kreistagen umgehen. Wobei wir in NWM noch am weitesten sind. Doris hat als Fraktionsvorsitzende bereits mehrere Anläufe genommen, um



Die NPD im Landtag MV

die Fraktionsvorsitzenden zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Leider hält sich das Engagement der anderen und des Kreistagspräsidenten in Grenzen. Doch eine Strategie nach dem Motto „von denen kommt eh nix“ wird auf Dauer nicht aufgehen. Ist die NPD auch in Westmecklenburg noch relativ wenig vernetzt, so ist das bereits im Wandel. In Grevesmühlen hat die Partei am Grünen Weg vor kur-

zem ein Bürgerbüro eröffnet. Die Nazis nennen es zwar in Anlehnung an einen germanischen Brauch Thing-Haus, es wirkt aber eher wie ein Lager - mit Bretterzaun und Wachturm. Früher oder später werden also (vermehrt) Anträge und Redebeiträge der NPD-Vertreter in den Kreistagen kommen. Dann müssen wir wissen, wie damit umzugehen ist. Wenn es nach uns ginge, sollten die demokratischen Fraktionen nach dem Vorbild des Landtages am besten eine Vereinbarung unterschreiben, in der die Vorgehensweise aufgezeichnet ist.

Peter nannte mehrere Beispiele und sicherte weitere Unterstützung zu. Unter anderem sollte man sich dazu verständigen, dass man nie einem Antrag der NPD zustimmt, dass nur ein Vertreter der demokratischen Fraktionen zu einem Antrag der NPD spricht, um ihnen keine große Bühne zu bieten. Ganz wichtig ist es natürlich, die Anliegen der Bürgerinnen

und Bürger als erstes in die Vertretungen zu bringen. Denn die NPD wird es tun. Dann fällt es natürlich schwer, ein Anliegen abzulehnen, was man vielleicht selbst als wichtig erachtet.

Auch die Geschäftsordnungen sollten noch einmal überprüft werden. Wir als LINKE müssen die treibende Kraft sein, dass diese Dinge umgesetzt werden. Denn weiter wie bisher geht nicht!

Der Umgang in den Parlamenten ist natürlich nur ein Baustein gegen Nazis. Wir müssen weiter für ein Verbot der NPD eintreten und in unserem Wirken aufzeigen, wie falsch die faschistische Ideologie ist. Unentbehrlich ist es auch, unseren Jugendlichen Alternativen und Perspektiven aufzuzeigen.

Wer als Gemeindevertreter zu dem Thema Beratungsbedarf hat, kann sich gerne an unsere Kreistagsfraktion, an die Geschäftsstelle und/oder Peter Ritter wenden.

Die Landtagswahlen 2011 im Visier

Am 02.Juni 2010 trat der Kreisvorstand in Gadebusch zu seiner monatlichen Sitzung zusammen und konnte dort auch einige Mitglieder der BO Gadebusch als Gäste begrüßen.

Zur Debatte standen neben der monatlichen Beschlusskontrolle an diesem Tag folgende Themen:

- Bericht der Kreistagsfraktion
- Auswertung des Bundesparteitages
- Vorbereitung der Landtagswahlen 2011
- Beratung eines Arbeitspapiers der AG SeniorInnen

Zum TOP Beschlusskontrolle berichtete der Kreisvorsitzende über ein erstes Treffen mit Genossen aus Pinneberg, bei dem weitere Kontakte sowie der Austausch von Informationen und die gegenseitige Einladung zu Veranstaltungen vereinbart wurden. Auch ein Gegenbesuch von Vertretern des Kreisverbandes NWM in Pinneberg wurde besprochen.

Der Vorschlag vom Kreisvorsitzenden, ein gemeinsames Treffen der BO-Vorsitzenden, der Kreistagsfraktion und dem Kreisvorstand einzuberufen, wurde von der Fraktion des Kreistages befürwortet. Es soll dazu dienen,

den Informationsaustausch besser zu gestalten und die politische Arbeit zielgerichteter zu organisieren.

Den Bericht der Kreistagsfraktion gab Genossin Doris Hildebrandt. Sie informierte über die Haushaltsdebatte, die »Kormoran-Diskussion« und die Aussprache zu den Schülertransportkosten.

Ab 14.06.2010 wird in der Malzfabrik Grevesmühlen eine Ausstellung gegen Rechts gezeigt, die vom Bund der Antifaschisten VVN erarbeitet wurde und die im Vorfeld zu massiven Protesten von Seiten der CDU (besonders von Herrn Klüver, Schönberg) führten. Am Beschluss, diese Ausstellung zu zeigen, wurde jedoch festgehalten. Es ist zu wünschen, dass sie die Aufmerksamkeit und das Besucherinteresse erhält, was besonders in dieser Zeit nötig ist.

Die Auswertung des Bundesparteitages wurde von Roy und Michael vorgenommen. Sie schätzten diesen Parteitag als einen arbeitsorientierten, sachlichen, eher „ruhigen“ Parteitag ein, der mit dem Beschluss zu den neuen Strukturen den Weg für die weitere Stärkung der Basis in den alten Bundesländern bereitete.

Zur Vorbereitung der Landtagswahlen 2011 wurden nach längerer Diskussion zwei Arbeitsgemeinschaften gebildet.

In der „AG Inhalt“ sollen alle BO, die AG SeniorInnen, Solid, Vertreter der Fraktion und Mitglieder des Kreisvorstandes vertreten sein. Hauptaufgabe dieser AG wird die Erarbeitung eines aussagekräftigen Wahlprogramms und die Gewinnung von KandidatInnen sein. Die „AG Organisation“ wird sich mit der Vorbereitung und Organisation von Veranstaltungen und dem Verteilen von Wahlmaterialien beschäftigen. Die Bildung dieser beiden AG wurde vom Vorstand einstimmig beschlossen.

Dem Kreisvorstand wurde von der AG SeniorInnen ein Arbeitsmaterial zur Diskussion übergeben, dass sich mit Erfahrungen, Meinungen und Fragen zur Parteiarbeit aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft befasst.

Da dieses Arbeitspapier wichtige Überlegungen enthält, wurde nach eingehender Aussprache festgelegt, dass der Dialog mit der AG SeniorInnen intensiviert werden soll. Dazu wird es noch genauere Festlegungen geben.

Helga Brauer

Termine

Sonnabend
19. Juni 2010
Ab 14.00 Uhr

Sommerfest

Musik
Tombola
Kinderspiele
Essen und Trinken

Gäste: MdB Dr. M. Bunge
MdL A. Bluhm & W. Griese

Ab 14.00 Uhr am Burgsee in Gadebusch
(unterhalb der Museumsanlage)

DIE LINKE.
Amt Gadebusch

7. JULI

Geschäftsstelle Grevesmühlen
Beginn: 18.30 Uhr

Vorstandssitzung Kreisverband Nordwestmecklenburg

07. JULI

Wisnar, 19.00 Uhr, Konferenzsaal TGZ, Alter Holzhafen 19

Lesung und Gespräch

Ernstfall Angriffskrieg: Frieden schaffen mit aller Gewalt?

mit Oberstleutnant a. D. Jürgen Rose

(gemeinsame Veranstaltung des Freundeskreises RL, attac und Friedensinitiative Bad Kleinen)

13. JULI

19.00 Uhr, Warin, Wahlkreisbüro, Lange Straße 12

Gesprächsrunde mit Steffen Bockhahn zum Thema:

Aktuelle Situation in der Partei in Auswertung des Bundesparteitages

17. JULI

Geschäftsstelle Warin Beginn: 9.00 Uhr

Gesprächsrunde Programmdiskussion

Thema: Direkte Demokratie, Volksherrschaft

Als neues Mitglied begrüßen wir ganz herzlich in unserem Kreisverband:

Sandra Montag
aus Gadebusch.

Geschichten über 20 Jahre deutsche Einheit

Beschluss zur Vorbereitung von Aktionen zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit am 03.10.

Zum 20. Jahrestag des „Tages der deutschen Einheit“ werden die bürgerlichen Medien wieder sehr einseitig über die Geschichte der DDR berichten. Wir möchten mit einer Sonderausgabe unserer Kreiszeitung gegensteuern. Dazu brauchen wir eure Hilfe. Wir wollen Beiträge abdrucken, die das Leben darstellen, wie wir es erlebt haben. Dazu bitten wir euch, Texte zu folgenden Themen an uns einzureichen:

1. Meine Kindheit und Schulzeit in der DDR
2. Wie ich Kinderkrippe und Kindergarten erlebte
3. Wie ich zum Frieden erzogen wurde
4. Meine Eltern und ich
5. Meine Lehrer und anderen Erzieher
6. Mein Leben in Kinder- und

- Jugendgruppen
7. Jugendweihe oder Konfirmation
8. Zu welchem Menschenbild wurde ich erzogen
9. Urlaub und Reisen
10. Was mir fehlte / Was ich mir anders gewünscht hätte
11. Wie ich zum Internationalismus erzogen wurde
12. Welche Gefühle bewegten mich beim Fall der Mauer
13. Wie habe ich mir die deutsche Einheit vorgestellt; was empfinde ich 20 Jahre später
14. Mein Leben als ... (Berufsangabe)
15. Meine Zeit in der NVA / den bewaffneten Organen
16. weitere mögliche Themen

Der Kreisvorstand ruft zu diesem Thema einen Wettbewerb

aus und lobt für die 3 besten Einsendungen Bücherpreise aus.

Beabsichtigt ist, die Beiträge in der Sonderausgabe der Kreiszeitung zu veröffentlichen, die im Monat September erscheinen soll. Sollte die Zahl der Einsendungen den Rahmen der Zeitung sprengen, werden einige Beiträge auf der Internetseite des Kreisverbandes veröffentlicht.

Wir fordern deshalb alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen!

Einsendeschluss für die Beiträge, die in der Zeitung erscheinen sollen, ist der 05. September. Später eingehende Beiträge werden auf jeden Fall auf der Internetseite bzw. in späteren Ausgaben der Zeitung veröffentlicht.

Günther Bruns



So stand es in der...

OSTSEE-ZEITUNG.DE

Schülerbeförderung: Kreis finanziert die Bustickets mit 50 Prozent des Fahrpreises

Laut dem neuen Schulgesetz können Schüler ab der fünften Klasse ab dem kommenden Schuljahr ihre Schule frei wählen, Fahrgeld bekommen sie jedoch nur dann, wenn sie sich für die örtlich zuständige Schule entscheiden. So sieht es das Bildungsministerium jedenfalls vor.

In Nordwestmecklenburg bekommen diese Schüler, dazu gehören vor allem die Jungen und Mädchen, die eine freie Schule besuchen, künftig 50 Prozent des Fahrpreises erstattet. Diesen Kompromiss hatte der Bildungsausschuss ins Spiel gebracht, nachdem die Mitglieder sich darüber einig geworden waren, dass man die freie Schulwahl nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig machen könne. Zudem würden die freien Schulen ins Hintertreffen geraten, da sie als sogenannte „nicht zuständige Schule“ gelten. Betroffen davon ist die Evangelische Inklusive Grundschule in Schönberg.

Simone Oldenburg (Linke), Mitglied im Bildungsausschuss und Schulleiterin in Klütz, sagte, dass man auf keinen Fall die Schüler benachteiligen dürfe, die sich das Ticket zu einer anderen Schule nicht leisten könnten.

Der Kompromiss über die 50-prozentige Übernahme der Kosten kam letztlich dadurch zustande, dass man auf diese Weise die Fahrschüler unterstützen will, gleichzeitig aber verhindern wolle, dass einige Schulen plötzlich über zu wenige Schüler verfügen würden.

Die CDU kritisierte an diesem System, dass man sehr wohl über die Geldbeutel versuche, die Sache zu regulieren. Sie scheiterte mit dem Versuch, die Angelegenheit erneut in den Ausschuss zu verweisen. PROCH

Aus der Fraktion und vom Kreistag am 20. Mai



Luise Krüger
Mitglied der
Fraktion

Ersten doppischen Haushalt für 2010 beschlossen

Nach jahrelanger Vorbereitung, einem Kostenaufwand von einer halben Million Euro und spät in diesem Jahr hat der Kreistag diesen Haushalt beschlossen.

Ausgeglichen ist er nicht, über eine Mio. Euro Fehlbetrag und Fortführung des Haushaltssicherungskonzepts. Die Mehrheit der Kreistagsmitglieder hat trotzdem dafür gestimmt, auch weil daran immer hängt, dass die freiwilligen Leistungen sonst blockiert würden. Dazu kommt aber auch, dass wir uns an die neue Art der Darstellung in der doppischen Form erst gewöhnen müssen, schwer lesbar und mit einer immensen Untergliederung in 24.000 Kostenstellen, vorher waren es 4.000.

Krankenhausumlage

Im Rahmen der Haushaltsdebatte hat unsere Fraktion mit einem Beschlussantrag die Landrätin aufgefordert, sich in das gegenwärtig laufende Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Landeskrankenhausesgesetzes mit

der Forderung nach Befreiung des Landkreises von der Krankenhausumlage einzubringen, Umfang gleich 1,7 Mio. Euro. Der Kreistag ist unserem Antrag gefolgt und hat das mehrheitlich beschlossen. Der Hintergrund ist folgender:

Mit der Krankenhausumlage wurden und werden Investitionen über die Kreise und das Land getätigt. Seit 1994 gibt es diese Förderung. Inzwischen sind aber viele Krankenhäuser privatisiert, so dass nach unserer Auffassung hier Steuergelder privatisiert werden und wir als Kreis keinerlei Einfluss auf die Nutznießer dieser Förderung haben. Neu ist außerdem, dass die Krankenhausumlage aus den laufenden Kosten finanziert werden muss, während vorher diese 1,7 Mio. Euro Bestandteil des Vermögenshaushaltes waren.

Ob unser Antrag auf Landesebene Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Schülerbeförderung bei freier Schulwahl

Unsere Fraktion ist im Vorfeld des Kreistages initiativ geworden und hat über den Kultur- und Bildungsausschuss Mittel und Möglichkeiten gefunden, mit Unterstützung der Landrätin und der 2. Beigeordneten 50 % der Kosten über den Kreis zu finanzieren, die sonst hätten von den Eltern allein getragen werden müssen. Hier ist der Hintergrund, dass das neue Schulgesetz den Eltern die freie Schulwahl ab Klasse 5 überlässt, aber auch die Kosten für den Schülertransport, wenn die neue Schule z.B. entgegengesetzt zur bisherigen Schule liegt. Das ist nur ein Beispiel, das mit vielen Kuriositäten was die Transportwege betrifft untersetzt werden kann.

Trotz dieses vernünftigen Ansatzes, den der Kultur- und Bildungsausschuss mit seinem Antrag gefunden hat, gab es im Kreistag kontroverse Diskussionen, die vernünftige Mehrheit setzte sich durch, sicherlich zur Freude vieler Eltern, aber auch zu Lasten des Kreishaushaltes.

Man kann sich nur wundern: Die Regierungsparteien SPD und CDU beschließen ein neues Schulgesetz, geben sich demokratisch und ermöglichen freie Schulwahl, um dann die Kosten dafür den Eltern allein aufzuhalten und dem Landkreis zu sagen, wenn ihr denn Geld habt, könnt ihr ja einen Teil der Kosten übernehmen. Das haben wir getan, sollten es aber auch nicht vergessen, wenn 2011 Landtagswahlen sind.

Zu viele Kormorane in Nordwestmecklenburg?

Da wischt man sich doch erstaunt über die Augen und fragt sich, na wo denn.

Ich hätte gern mal den Vogel des Jahres 2010 gesehen, aber er ist nur in Boltenhagen gesichtet worden und das von Herrn Schmiedeberg (CDU). Da kam auch der Antrag her. Hier waren die Lobbyisten der Binnenfischer zugange und wollten die Landesregierung an ihre Pflichten zur Minderung der Bestände der Kormorane erinnern. Hat Herr Schmiedeberg ganz vergessen, dass die CDU mitregiert im Lande? Na gut, das kann er schon vergessen, denn so blass wie die CDU da steht, nicht nur im eigenen Land. Solche Anträge der CDU kann man nicht ganz ernst nehmen, aber der Kreistag beschließt diesen Schwachsinn auch noch, mehrheitlich.

Ernsthaft, ich will nicht verkennen, dass Binnenfischer dort wo die Bestände an Kormoranen hoch sind, auch Schäden haben. Aber dafür gibt es im Land ausreichend Regelungen, die ihnen helfen. Unser Kreistagsbeschluss war überflüssig.

Aus Insiderkreisen habe ich gerade gestern erfahren, dass die Schäden bei Weißfischen in Frühjahr nach Auftauen der Binnenseen sehr groß sind, weil die Fischer keine Löcher ins Eis gehackt haben und die Fische so erstickt sind. Diese Info nur deshalb, damit diese Verluste nicht auch noch bei den Kormoranen hängen bleiben.



Simone Oldenburg (Fraktion DIE LINKE im Kreistag Nordwestmecklenburg), Mitglied im Bildungsausschuss und Schulleiterin in Klütz

Mein Besuch bei der AG Senioren

Am 19.05.2010 besuchte ich die AG Senioren unseres Kreisverbandes Nordwestmecklenburg. Das Treffen fand im Wahlkreisbüro in Warin statt.

Im Vorfeld bekam ich eine Vielzahl von Dokumenten, welche die Arbeit der AG Senioren in den letzten Jahren dokumentierte. Unter anderem entstand ein Arbeitspapier, welches Anforderungen und Voraussetzungen zur Entwicklung des innerparteilichen Lebens im Kreisverband NWM sowie zur Rolle und zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in diesem Prozess aus Sicht der AG Senioren darlegt.

So werden aus meiner Sicht sehr wichtige Themen der innerparteilichen Arbeit in unserem Kreisverband aufgegriffen. Nennen möchte ich hier die Mitgliedergewinnung, die politisch-inhaltliche Arbeit des Kreisvorstandes mit den Basisorganisationen, das Aufstellen von Zielstellungen und Festlegen von Verantwortlichkeiten, die später konkret mit den Ergebnissen und gemachten Erfahrungen und Problemen abgerechnet werden können.

Es werden aber auch Fragen aufgegriffen, wie viel Zeit der Kreisvorstand für die inhaltliche Arbeit mit den Basisgruppen und deren Vorsitzenden aufbringen oder wie die AG Senioren in die Arbeit des Kreisvorstandes und der Basisgruppen mit einbezogen werden kann.

Dieses Arbeitspapier entstand nach Konsultationen mit dem Landesgeschäftsführer, dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Rostock sowie aus Gesprächen mit zahlreichen Genossinnen und

Genossen unseres Kreisverbandes.

Zu Beginn des Treffens in Warin wurde ich mit den Worten begrüßt, das die AG-Senioren sich sehr freut, nach drei Jahren den Kreisvorsitzenden auf seiner Beratung begrüßen zu können. Schon dieser Satz stimmte mich sehr nachdenklich. Im weiteren Verlauf erfolgte eine Bestandsaufnahme über die bisherige Arbeit der AG-Senioren in unserem Kreisverband und die gemachten Erfahrungen. Dabei wurde nicht an Kritik und deutlichen Worten gespart, was ich persönlich als sehr positiv und konstruktiv empfand. Auch in meinen Ausführungen legte ich meine bisher gemachten Erfahrungen dar und forderte die Genossen auf, wieder eine konstruktive Streitkultur in unserem Kreisverband zu entwickeln.

Ich informierte die Mitglieder der AG-Senioren darüber, dass der Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung festgelegt hat, der Basis das Angebot zu unterbreiten, die Programmdiskussion durch die Teilnahme eines Kreisvorstandsmitglieds an den Basisgruppentreffen aktiv zu begleiten, die Ergebnisse festzuhalten und in der Kreisgeschäftsstelle zu sammeln. Diese Ergebnisse sollen zusammengefügt und als Ergebnis der Programmdiskussion in unserem Kreisverband weitergeleitet werden.

Anschließend haben wir gemeinsam die Zeit genutzt, Probleme zu analysieren und mögliche Lösungen zu finden. Die Forderung der AG-Senioren nach mehr inhaltlicher-politischer Arbeit in unse-

rem Kreisverband und der aktiven Zusammenarbeit des Kreisvorstandes mit der Basis ist durchaus berechtigt. Mit viel Engagement und Fleiß haben die Mitglieder der AG ein Papier erarbeitet, welches der Kreisvorstand auf seiner nächsten Sitzung beraten wird. Ich bin davon überzeugt das es dazu beitragen wird, die politisch-inhaltliche Arbeit unseres Kreisverbandes neu auszurichten, um den großen Aufgaben der kommenden Jahre gewachsen zu sein.

So werde ich vorschlagen, zukünftig die Treffen des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden der Basisgruppen um einen Vertreter der AG-Senioren zu erweitern. Ebenso sollte die AG-Senioren einmal im Halbjahr die Möglichkeit erhalten, über ihre Arbeit auf den Kreisvorstandssitzungen zu berichten. Der erste Termin wird die Vorstandssitzung im Oktober sein.

Des Weiteren werde ich die Bildung einer Arbeitsgruppe vorschlagen, die aus einem Vertreter der AG-Senioren, SOLID sowie Vertretern des Kreisvorstandes und interessierten Genossen und Sympathisanten unseres Kreisverbandes besteht. Ziel ist die Ausarbeitung des Arbeitspapiers der AG-Senioren und das Entwickeln von Leitlinien für die zukünftige politisch-inhaltliche Arbeit unseres Kreisverbandes, der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Mitgliedergewinnung. Wir werden regelmäßig im Internet und in unserer Zeitung berichten.

Roy Rietentid
Kreisvorsitzender

Pressemitteilung vom
04.06.2010 –
Martina
Bunge



Rösler gescheitert und verheizt

"Minister Rösler muss endlich sein Scheitern akzeptieren und die Idee einer Kopfpauschale für die gesetzlichen Kassen aufgeben", so Martina Bunge anlässlich der aktuellen Äußerungen von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Bereits 2004 scheiterte die damalige Koalition mit der Einführung einer Kopfpauschale. Gegen die überragende Mehrheit der Bevölkerung konnte sie nicht durchgesetzt werden. Warum die schwarz-gelbe Koalition unbedingt mit dem Kopf gegen die gleiche Wand rennen will, bleibt ihr Geheimnis. Es stellt sich zudem die Frage, welches Kalkül Schwarz-Gelb dazu bewogen hat, den unerfahrenen Rösler auf den Feuerstuhl der Gesundheitspolitik zu setzen und ihn dort zu verheizen.

Die Bundesregierung muss endlich die ideologischen Scheuklappen ablegen, die den Blick auf alternative Ideen verhindern. Die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung ist ein Konzept, das von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, das die Finanzierungsprobleme löst und sogar die Arbeitgeber entlastet. Schwarz-Gelb sollte endlich aufhören, aus purer Ideologie der eigenen Klientel wegen vernünftige Ansätze auszuschließen."

Roland Kargel als Vorsitzender wiedergewählt

Der Kreisverband DIE LINKE der Hansestadt Wismar führte am 05. Juni 2010 im Technologiezentrum eine Gesamtmitgliederversammlung durch.

Die Mitgliederversammlung verurteilte den feigen Anschlag, der am Donnerstag auf die Geschäftsstelle des Kreisverbandes und das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Bunge verübt wurde, auf das schärfste. Von dem offensichtlich

politisch motivierten Hintergrund der Tat lassen sich die Mitglieder nicht einschüchtern, sie werden ihre Positionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit weiter offensiv vertreten.

Die anwesenden Wahlberechtigten wählten einen neuen Kreisvorstand, dem 11 Mitglieder angehören. Roland Kargel wurde mit 89,7 % der Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt.



Was macht der...

»Landesausschuss«

Auf der nächsten Gesamtmittgliederversammlung soll die Bestätigung der Wahl der VertreterInnen für die Vertreterversammlung im Delegiertenwahlkreis und die Nachwahl einer Vertreterin stattfinden. Hier in Kurzform, welche Aufgaben der Landesausschuss hat:

Der Landesausschuss ist das Organ des Landesverbandes mit **Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion** gegenüber dem Landesvorstand. Der Landesausschuss **fördert** und unterstützt **das Zusammenwachsen der Kreisverbände**. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen. Der Landesausschuss **berät und beschließt** insbesondere über **grundsätzliche politische und organisatorische Fragen** auf der Grundlage dieser Satzung, Beschlüsse des Landesparteitag oder auf Antrag des Landesvorstandes, **den jährlichen Finanz- und Stellenplan** auf Vorschlag des Landesvorstandes, Anträge, die an den Landesausschuss gestellt oder durch den Landesparteitag an den Landesausschuss überwiesen wurden, Angelegenheiten, bei denen der Landesvorstand wegen ihrer politischen Bedeutung oder wegen der mit ihnen verbundenen finanziellen Belastungen eine Beschlussfassung des Landesausschusses für notwendig erachtet, Kampagnen, die bei ihrer Durchführung erhebliche finanzielle Mittel oder personelle Ressourcen der Kreisverbände binden auf Antrag des Landesvorstandes. Dabei ist die Finanzhoheit der Kreise zu wahren. Der Landesausschuss **unterbreitet** der Landesvertreterinnenversammlung **einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zu den Landtagswahlen**.

Momentan vertritt Wolfgang Griese unseren Kreisverband im Landesausschuss

(Die Redaktion)

Wariner Basisorganisation beschließt Programm

Von Kurt Wendisch und Kurt Dombrowski,
Warin, den 20.04.2010

Angeregt aus dem Inhalt der Konzeption für die weitere Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft SeniorInnen beim Kreisvorstand, welche der Sprecher der Arbeitsgruppe, Gen. Jochen Ewald, dem Vorsitzenden der Basisorganisation Warin, Genossen Wolf Koschitzke, zur Verfügung stellte, haben wir bereits Ende Dezember eine Diskussion geführt, wie wir aus der genannten Konzeption Schlussfolgerungen für die Tätigkeit unserer Basisorganisation ziehen können.

Dabei kamen wir zu folgender Auffassung:

1. Unsere Parteiarbeit, besonders unsere Mitgliederversammlungen, müssen inhaltlich verbessert, lebhafter gestaltet und damit wirksamer werden.

Deshalb werden wir, entsprechend den herausgegebenen Hinweisen zur Programmdiskussion, die Diskussion in unseren Mitgliederversammlungen führen.

Immer mit territorialen Schwerpunkten verbunden. Das erfordert eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit des Vorstandes und der Fraktion.

So werden auch Abgeordnete der Stadt an den Sprechstunden von Dr. Martina Bunge, Mitglied des Bundestages, und Wolfgang Griese, Landtagsabgeordneter, teilnehmen. So z.B. der Genosse Andreas Spriewald, 1. Stellv. des Bürgermeisters und Vorsitzender des Bauaktivs.

Um die Mitgliederversammlungen für alle interessanter zu gestalten, werden nicht nur die Abgeordneten, sondern auch alle anderen Genossinnen und Genossen über ihre Tätigkeit in anderen Gremien berichten.

So z.B. Genosse Kurt Dombrowski und Genosse Kurt Wendisch über ihre Tätigkeit in der Arbeitsgruppe SeniorInnen beim Kreisvorstand. Oder die Genossinnen Auert, Wendisch und Koschitzke über ihre Tätigkeit im Lesekreis sowie der Genosse Krause über den Anlauf und evtl. Probleme bei der Arbeit

mit der „Tafel“ zur Versorgung bedürftiger Menschen mit Lebensmitteln. Die Tafel ist am 16.02.2010 eröffnet worden.

2. Unsere Parteiarbeit muss für jeden Einzelnen konkreter und abrechenbarer gestaltet werden. Das bedeutet für uns, unsere Führungstätigkeit zu verbessern. Dazu werden an einzelne Genossinnen und Genossen Aufträge erteilt, um die im Programm dargelegten Aufgaben zu realisieren.

Wir wollen auch erreichen, dass jede Genossin und jeder Genosse innerhalb der Wahlperiode bis 2014 ein Mitglied für unsere Partei bzw. einen Sympathisanten gewinnt.

Um nach Möglichkeit jedem eine Aufgabe übertragen zu können, machten wir unsere Mitgliederversammlung im Februar zu einer sogenannten Klausurtagung mit dem Thema:

Was muss sich in diesem oder in den nächsten Jahren in Warin tun, was muss verbessert bzw. geändert werden?

Dazu gaben wir mit der Einladung bereits Schwerpunkte heraus, die die Bürger in Warin bewegen. So z. B.

- es stehen zu viele Supermärkte und Geschäfte leer
 - Bildung eines Arbeitskreises Handwerk und Gewerbe bei der Stadt
 - Wiederbelebung des Wirtschaftsausschusses
 - Schaffung von Radwegen oder Stellplätzen für Wohnwagen oder Zelte
 - Beseitigung von Schandflecken, wie z. B. in der Wismarschen Straße oder die Ruinen der ehemaligen PGH Elfra und Rohba
- und noch viele andere Schwerpunkte.

Die Mitgliederversammlung wurde aufgefordert, noch weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Wenn wir darüber sprechen, dass jede Genossin und jeder Genosse einen konkreten Auftrag erhalten sollte, können wir uns auch vorstellen, und hier weichen wir mal

von Warin ab, dass besonders Basisorganisationen mit einer relativ hohen Mitgliederzahl, wie z. B. Rehna, Gadebusch, Schönberg, Grevesmühlen, Bad Kleinen, aber auch kleinere Basisorganisationen eine Genossin oder einen Genossen für die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft SeniorInnen beim Kreisvorstand gewinnen würden.

Die jetzigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, davon gehen wir aus, wären bereit, in Mitgliederversammlungen oder Vorstandssitzungen der Basisorganisationen aufzutreten und über die Aufgaben und Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft zu berichten. Aus Warin sind bereits zwei Genossen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft.

3. Wir brauchen eine größere Breite und eine höhere Wirksamkeit unserer Parteiarbeit im Territorium. So werden wir am 08. März vor dem Norma, EDEKA und LIDL die Frauen, die einkaufen kommen, mit einer Rose und einem Flugblatt gratulieren.

Des Weiteren werden wir uns aktiv einbringen bei der Vorbereitung und Durchführung der Maifeierlichkeiten zum 01. Mai auf dem Sportplatz, u. a. mit einem Info-Stand.

Es ist auch eine öffentliche Veranstaltung zum Weltfriedenstag vorgesehen.

Wir werden auch weiterhin im ehemaligen Amtsbereich Warin flächendeckend das uns übergebene oder selbst angefertigte Material in die Haushalte bringen.

Die Basisorganisation Warin ist bereit, über unsere Zeitung „Die Linke“ in einen breiten Erfahrungsaustausch über das „WIE“ zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer Parteiarbeit in den Basisorganisationen zu treten.

Deshalb haben wir auch beschlossen, dass regelmäßig beauftragte Genossinnen und Genossen unserer Basisorganisation über Erfahrungen und Ergebnisse berichten. So z.B. auch über durchgeführte Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und weitere Veranstaltungen.

»Einrichtung eines Wahlfonds« diskutieren!

+++ 8. Juni 2010 +++

Der Kreisvorstand hat in seinen Beratungen in den Monaten März und April über die Einrichtung eines Wahlfonds beraten und beschlossen. Während der Beratung mit den Vorsitzenden der BO am 27.03. wurde die Idee vorgestellt und diskutiert (siehe unten: Warum Wahlfonds?).

Ergebnis der Beratungen ist, dass der Wahlfonds eingerichtet werden soll. Ein entsprechender Antrag soll der nächsten Gesamtmitgliederversammlung vorgelegt werden. Die Empfehlung lautet, die Mitglieder um eine Zahlung

von 1,- Euro je Monat zu bitten.

Dazu soll es jedoch keinen Beschluss geben. Zunächst soll der Wahlfonds – und natürlich die Einzahlungen – für die Jahre 2010 und 2011 eingerichtet werden.

Die Modalitäten der Zahlung – monatlich, quartalsweise, halbjährlich oder jährlich – sollen den Mitgliedern überlassen werden bzw. in den BO geregelt werden. Es wird dazu gesonderte Listen geben (!). Ebenso sollte jede Basisorganisation zum Wahlfonds einen Beschluss fassen. Darin

soll geregelt werden, wie die Kassierung erfolgt, welche Höhe die Zahlung haben soll und welche Mitglieder eventuell von der Zahlung befreit werden sollen (das Letztere könnte natürlich auch die GMV beschließen).

Ich bitte euch jetzt, diese Angelegenheit in den BO's zu beraten. Informiert bitte die Geschäftsstelle über die Meinungen dazu, damit eventuell für die GMV im Juni noch entsprechende die Papiere vorbereitet werden können.

Michael Heinze



Bundespräsidentin: Luc Jochimsen!

DIE LINKE schlägt der Bundesversammlung vor, am 30. Juni 2010 Luc Jochimsen zu wählen. "Drei Dinge sind für mich wichtig: Ich möchte Friedensstifterin sein. Ich möchte Vereinigerin sein. Ich möchte Schirmherrin sein für die Schwachen und Benachteiligten", erklärte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Fraktionschef Gregor Gysi unterstrich: "Aus ihrem Leben ergibt sich ihr Kampf gegen Krieg und für soziale Gerechtigkeit. Sie steht für die Vereinigung Deutschlands." Die Parteivorsitzende Gesine Löttsch lobte sie als "die Kandidatin, die zu den sozialen Fragen unserer Zeit mehr zu sagen hat, als die beiden anderen Kandidaten zusammen", Vize Klaus Ernst ergänzte: "Wir brauchen eine Anwältin der Bürger, für die soziale Gerechtigkeit der Beurteilungsmaßstab von Politik ist."

Warum Wahlfonds?

Wahlkämpfe im Kreismaßstab erfordern, unabhängig von der Art der Wahl, einen finanziellen Aufwand von ca. 3.500,- bis 4.000 Euro. Diese Beträge stehen im Haushalt aus den laufenden Einnahmen nicht vollständig zur Verfügung.

Momentan verfügt der Kreisverband zwar noch über eine Rücklage von ca. 5.000,- Euro, diese würde jedoch bei einem Mehrbedarf von ungefähr 2-3.000,- Euro je Wahlkampf (ein Teil der Ausgaben wurde durch Spenden aufgebracht) schnell aufge-

braucht sein.

Zusätzlich ist zu beachten, dass die Beitragsentwicklung insbesondere durch Todesfälle rückläufig ist.

Gerade bei den Wahlen des Jahres 2009 zeigte sich auch, dass das Spendenaufkommen nicht ausreichend ist.

Um diesen finanziellen Zwängen entgegenzuwirken, wird vorgeschlagen, einen Wahlfonds einzurichten. Dem Beispiel anderer Kreisverbände folgend, wäre es denkbar, von jedem Mitglied monatlich einen Betrag von 1,- Euro zu erbitten.

Die gegenwärtige Mitgliederzahl zugrunde gelegt und heruntergerechnet, könnten so jährlich ca. etwa 3.000,- Euro erzielt werden, die dann natürlich zweckgebunden für Wahlkämpfe einzusetzen wären.

Das eingenommene Geld sollte dann verzinslich angelegt werden, so dass einmal ein Rückgriff auf dieses Geld ohne besonderen Beschluss nicht möglich wäre und andererseits durch die Zinsen auch noch weitere Summen dazu kommen können.

Eine echte Alternative

Kolumne des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn, vom 9. Juni 2010

DIE LINKE hat am 8. Juni eine eigene Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin aufgestellt. Lukrezia (Luc) Jochimsen wird am 30. Juni zur Wahl antreten. Sie wurde in Nürnberg geboren, ist eine streitbare aber geradlinige Journalistin und seit 2005 für DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Luc ist eine überzeugte Antifaschistin und Kriegsgegnerin. Eines ihrer wichtigsten Anliegen ist die Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Ihnen den Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen, ist Luc Jochimsen eine Herzensangelegenheit. All diese Dinge unterscheiden sie ganz wesentlich von den anderen Bewerbern.

Es wird dieser Tage in den Me-

dien ständig debattiert, wen DIE LINKE wählen sollte oder müsste. Diese Debatte ist absurd. Wir haben eine Kandidatin und die werden wir unterstützen. Dass es einen zweiten Wahlgang geben wird, ist eher unwahrscheinlich. Wenn die FDP Herrn Wulff nicht wählt, fliegt sie aus der Bundesregierung. So wie ich die FDP kenne, macht sie vieles mit, aber nicht den Verlust von Macht. Und selbst wenn! Wer kann denn ernsthaft von einem Linken verlangen, Christian Wulff zu wählen? Der Mann hat gerade das Sparpaket der Bundesregierung als sozial ausgewogen bezeichnet. Arbeitslosen wird Elterngeld, Rentenversicherung und Übergangsgeld gestrichen. Das ist doch nicht sozial! Wenigstens äußert sich Wulff aber zu diesen Fragen. Gauck spricht nur über Vergangenheit und das undiffe-

renziert. Er sagt nichts über die Zukunft. Er sagt nichts zu Krieg und Frieden. Gauck spricht über die Bespitzelung der Menschen in der DDR. Das ist in Ordnung. Aber was ist mit der Überwachung der Menschen durch Staat und Wirtschaft im Hier und Heute? Von Joachim Gauck ist da nichts zu hören. Am meisten ärgert mich aber seine Gleichsetzung von DDR und Nazi-Diktatur. Das ist nicht nur historisch durch nichts zu rechtfertigen. Es ist vor allem eine unglaubliche Verharmlosung des Faschismus. So einer kann und darf nicht Präsident werden. Schwarz-gelb hat sich Wulff ausgesucht, dann müssen sie das auch ertragen.

Ich werde in der Bundesversammlung eine konsequente Antifaschistin wählen, die Vorstellungen von einem sozial gerechten Deutschland hat. Da ist Lukrezia Jochimsen eine erstklassige Kandidatin.

Beschlüsse der 1. Tagung des 2. Bundesparteitages

- Für einen Politikwechsel – DIE LINKE stärken
- Für Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan – Friedensvorschläge der Partei DIE LINKE
- Für Solidarität und gegen anti-muslimischen Rassismus
- Wir sind alle Griechen! Auf zu den Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart!
- Protest gegen Hinrichtungen in Teheran
- Auftrag an Parteivorstand zur Vorlage eines Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN
- Beschluss von Änderungen der Bundessatzung der LINKEN in §19, §20 und §38
- Geschäftsordnung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE



Weltfußball rollt, Regierung foult

Von *Katrin Kunert, sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

"Während im Fußball klare Regeln herrschen, scheint es für die Bundesregierung keine zu geben. Sie steuert klar auf eine rote Karte zu. Sie bewegt sich schon im Strafraum, foult die schon am Boden Liegenden und debattiert dann noch mit dem Schiedsrichter", kommentiert Katrin Kunert das Spiel von Schwarz-Gelb unmittelbar vor dem Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika. Soziale Einschnitte im Schatten der WM: Wie war das noch 2006, als Union und SPD die Zuzahlungen bei Arzneimitteln und die Verschlechterung bei unter 25-jährigen ALG II-Beziehenden beschlossen? Sportliche Großereignisse wirken auf Kinder und Jugendliche aktivierend. "Sport ist gerade in diesem Alter so wichtig. Körperliche Betätigung steigert die Mobilität. Soziale Kompetenzen werden entwickelt. Kinder lernen mit Siegen und Niederlagen umzugehen", wirbt Kunert. DIE LINKE wünscht allen spannende und faire Spiele!

Politisch motiviert

Zu Anschlägen auf Wahlbüros kam es Anfang Juni auch in Nordwestmecklenburg und Wismar. So gab es Sachbeschädigungen



an den Geschäftsstellen in Wismar (Bild) und Gadebusch. Insgesamt gab es in diesem Jahr schon 26 Anschläge auf Wahlbüros demokratischer Parteien in MV.

Zur Programmdiskussion

Wie in mehreren Beiträgen nachzulesen, geht einigen Führungskräften der Linken die Kritik am Kapitalismus im Programmwurf zu weit, da die technischen Leistungen dieser Gesellschaft zu wenig gewürdigt werden. Marx hat nicht die hohe Produktivität und den technischen Fortschritt des Kapitalismus kritisiert.

Was Marx als unhaltbar anprangert, ist, dass das damit einhergehende Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums immer weniger Menschen zugute kommt.

In meinen Aufzeichnungen habe ich einen Text von 2003, der nach meiner Meinung nichts an seiner Aktualität eingebüßt hat.

„Trotz eines Höchststandes von Wissenschaft und Technik ist die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft immer weniger in der Lage, die Probleme der Menschheit zu lösen. Im Gegen-

teil, sie verschärft die Probleme in einem bisher unbekanntem Tempo und Umfang. Bank- und Kapitalverbände agieren weltweit, um sich unter dem Begriff der Globalisierung den gesamten gesellschaftlichen Reichtum der Völker, d.h. die Naturressourcen, die Kulturschätze und Produktionsergebnisse, privat anzueignen. Druck, Erpressung und Krieg sind hierbei "gesellschaftsfähige" Mittel, für die auch internationale Organisationen wie die UNO instrumentalisiert werden.

Das führt zu einer unvorstellbaren Verarmung der Weltbevölkerung, langfristig auch in den sogenannten entwickelten Industriestaaten, und eines kaum mehr verwertbaren Reichtums für eine kleine Gruppe der Mächtigen.

Dauerhafte Kriege in allen Teilen der Welt und die rücksichtslose Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bedrohen die



Menschheit in ihrer Existenz“.

Betrachtet man die Entwicklung in den letzten 7 Jahren, kann

man nur über Umfang und Geschwindigkeit der oben angezeigten Richtung staunen. Finanzkrise, Sozialabbau und Verarmung in den entwickelten Industriestaaten, allen voran Deutschland, und die Ausweitung der Kriege zeugen davon. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten der Reichen hat besonders in den Bereichen der Daseinsfürsorge, Bildung, Gesundheit, Wasser, Alterssicherung große Ausmaße angenommen.

Von den durch die Gesellschaft dafür bereitgestellten Mitteln werden durch Privatisierung immer mehr Gelder ihrem eigentlichen Zweck entzogen.

*Horst Neumann
Bad Kleinen*

Maddin ist Bruno Ernesto Thälmann

Seit heute bin ich nun für 3 Tage Mitglied des Bundestages - mit neuem Namen und neuem Lebenslauf.

Ich heiße für die nächsten Tage Bruno Ernesto Thälmann und bin Mitglied der CVP-Fraktion (Christliche Volkspartei) Ich bin 33 Jahre alt, ledig und Schauspieler von Beruf.

Nachdem wir gestern unsere Abgeordneten-Ausweise entgegengenommen und eine kleine Rundführung bekommen haben, kann es nun los gehen. Die nächsten Tage gehört der Bundestag (fast) nur uns jugendlichen Abgeordneten. Die Größe

dieses Gebäudekomplexes ist unfassbar. Bereits gestern habe ich mich mit einem Kollegen verlaufen, als wir von der Fraktionsebene zum Ausgang wollten.

Vier fiktive Gesetzesentwürfe stehen nun zur Beratung und Beschlussfassung an. Doch alle sind so realitätsnah, dass sie auch im richtigen Parlament auf der Tagesordnung stehen könnten. So werden wir uns mit einem generellen Alkoholverbot für Jugendliche, der Neugestaltung des Rentensystems, der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene und mit dem Abschluss der Wiedervereinigung

beschäftigen.

Heute stehen nun eine Landesgruppensitzung, eine Fraktionsitzung und mehrere Arbeitskreise an. Das verspricht ein sehr interessanter Tag zu werden und ich kann euch jetzt schon empfehlen: Meldet euch nächstes Jahr auch bei Jugend und Parlament an. Es lohnt sich in jedem Fall.

*Viele Grüße aus Berlin
Bruno Ernesto Thälmann, MdB
alias Martin Mehlhose*

Erläutert:

Das Planspiel "Jugend und Parlament" gibt jungen Menschen jedes Jahr die Möglichkeit, selbst Politik zu machen. Rund 300 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet kommen nach Berlin und erhalten vier Tage lang hautnah einen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages. Vom 5. bis 8. Juni 2010 ist es wieder soweit: Politikbegeisterte Jugendliche schlüpfen in die Rolle von Bundestagsabgeordneten...

